

Sattler-Tapezierer- und Vorteseviller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Vorteseviller-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig.
Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenlos.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Anzeigen die dreispaltig, Petitzeile 1 Mt. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postfach Nr. 11502, Postfachamt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktionsschl. Freitag

Die Schande des Kapitalismus.

In den Kreisen der unentwegten Verfechter des kapitalistischen Wirtschaftsgebantens beginnen allmählich Zweifel an den Heilmethoden des Kapitalismus aufzutreten. Auch hier bricht sich unter der Wucht der Weltwirtschaftskrise die Erkenntnis Bahn, daß der Kapitalismus abgewirtschaftet hat und das verarmteste Völkchen zur Ueberwindung der Krise nichts als Kurpfuscherei an einem todkranken Wirtschaftskörper ist. Man muß sich eingestehen, daß der Kapitalismus keine Möglichkeiten mehr bietet, die völlige Gesundung der Wirtschaft herbeizuführen. Die Zusammenbrüche großer Konzerne und Banken, die Gold- und Devisenabflüsse, die Störungen und Unterbindungen des allgemeinen Zahlungsverkehrs sind Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise. Diese Erscheinungen beschränken sich nicht nur auf Deutschland, sondern auch andere Länder, wie England und Amerika, sind davon erfaßt.

Angesichts dieser Tatsachen mehren sich die Stimmen, die dem Kapitalismus seinen Untergang prophezeien oder doch klar zum Ausdruck bringen, daß das kapitalistische Wirtschaftsgebäude in seinen Grundfesten erschüttert ist. Neben vielen Äußerungen hervorragender Wirtschaftskenner, die in letzter Zeit gefallen sind, ist besonders die Ansicht Owen Youngs bemerkenswert, die dieser in einer Artikelserie in Amerika verbreitet läßt. Nicht nur erkennt Owen Young an, daß der Staat das Recht hat, sich als Unternehmer zu betätigen, sondern er wirft den kapitalistischen Wirtschaftsführern auch ihre Unfähigkeit vor. So schreibt er: „Schließlich ist der Kapitalismus nur ein Fahrzeug, das die Zivilisation auf ihrem Weg bis zum heutigen Punkt befördert hat. Er ist kein Endzweck. Er hat der Menschheit gut gedient, und wir sind genötigt, an ihm festzuhalten, bis etwas Besseres demonstriert ist. Ich kann das kapitalistische System ebenlogot anfragen wie der Bolschewik. Ich kenne seine Fehler genau so gut wie er. Ich weiß, daß die Tatsache, daß in einem Winkel der Welt das Korn verkauft, während in einer anderen Gegend die Leute verhungern, ein Schandfleck auf der Maschinerie des Kapitalismus ist. Ich weiß, daß die Arbeitslosigkeit, wenn Menschen da sind, die arbeiten wollen, und andere, die Produkte brauchen, eine Schande für das kapitalistische System ist. Ich weiß, daß der Reichtum, der produziert wird, noch nicht gerecht verteilt ist. Das bedeutet noch nicht, daß ich ein Bolschewik bin. Es bedeutet nur, daß ich mir unserer Fehler bewußt bin.“

In Amerika haben diese Äußerungen in den kapitalistischen Kreisen große Aufmerksamkeit erregt. Man spricht davon, daß Owen Young unter dem Druck der wirtschaftlichen Ereignisse zu einem radikalsten Sozialisten geworden sei. Verwunderlich wäre diese Wandlung nicht. Gerade in Amerika feiert der Kapitalismus heute seine Orgien. Fast täglich werden gewaltige Mengen kostbarer Nahrungsmittel vernichtet, während Millionen hungern und darben, und so muß schließlich der Glaube an die Heilmethoden des Kapitalismus ins Wanken geraten. Es ist daraus zu verstehen, daß Owen Young die Erstzugsberechtigung der öffentlichen Hand anerkennt und ihr sogar das Wort redet.

Auch in den kapitalistischen Blättern Deutschlands tauchen in letzter Zeit häufiger Betrachtungen auf, die erkennen lassen, daß auch hier das Vertrauen zum Kapitalismus schwindet. So schreibt in der „Völkischen Zeitung“ Dr. Erich Krämer: „Der Kapitalismus hat für die mannigfaltigen Ungerechtigkeiten, die von seinem Wesen niemals ganz zu eliminieren sind, nur eine Rechtfertigung: den Erfolg. Schwindet das, so wird seinen Verteidigern das wirkungsvolle Argument ihres Plädoyers genommen. Schon in den Septemberwahlen hat das deutsche Volk erkennen

lassen, daß es in seiner Mehrheit Gegner des kapitalistischen Systems ist. Niemand darf sich darüber täuschen, daß durch das, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, ihre Schär erheblich gewachsen ist. Immer geringer werden die Kreise, die sich damit abfinden wollen, daß in dem heutigen Zustand unserer Wirtschaft einigen wenigen eine ungeheure Macht in die Hände gegeben ist, die sie ohne Kontrolle zum Besten ebenso wie zum Nachteil des Ganzen ausüben können.“

Doch können diese Äußerungen nicht dazu verleiten, daß die Vertreter der kapitalistischen Idee ihren Dr-

Manifest zum 11. August

Du Volk der Deutschen Republik:
Um frei zu sein und frei zu leben,
Halt du die freieste Verfassung dir gegeben,
Die freieste der ganzen Welt,
Die dich in deinen Staat als Wirt und Herrscher stellt.
Kein Potentat wird deine Einheit trennen,
Denn du bist Majestät, denn du bist Souverän!
Du sollst dich frei zu deinem Staat bekennen,
Zu deinem Staat in Sturm und Wetter fehn.
Als Staat bist du das Recht, du kannst dich selbst regieren
Und selbst dein Schicksal lenken hin zur Sonnenspur.
Nie läßt ein freies Volk sich kommandieren!
Ein freies Volk braucht keine Diktatur!

Du Arbeitsvolk der Deutschen Republik:
Dir sichern die Verfassung viele Rechte,
Gebrauche sie, dann kommst du auch zur Macht!
(Wenn daran doch das Volk der Arbeit dächte,
Dann hätte es schon längst zur Geltung sich gebracht!)
Der Staat bist du, er ist dein Schuß, dein Haus!
Verläume nie, es fort und fort zu bauen
Getreu dem Wort, wie aus Cranit gehauen:
Die Staatsgewalt geht nur vom Volke aus!
Du mußt dich selbst in die Verfassung wählen,
Dann wird kein Gegner die Rechte fehlen,
Denn nur durch eigene geistige Revolution
Befreist du dich von Zwang und Fron! Victor Kalinowski

glauben aufzugeben bereit wären. Unsere sogenannten „Wirtschaftsführer“ sehen auch jetzt noch den Ausweg aus der Krise in dem Abbau der Bühnen und Gehälter, der sozialen Einrichtungen, überhaupt aller Errungenschaften der Arbeiterklasse. Dabei haben die Zusammenbrüche großer Wirtschaftsgebilde mit eindringlicher Deutlichkeit die Unfähigkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewiesen. Nicht ist die öffentliche Hand daran schuld, auch liegt die Schuld nicht bei den gewerkschaftlichen Organisationen, auch nicht bei den gemeinnützigen Einrichtungen, sondern einzig und allein bei den „Wirtschaftsführern“ selbst, daß die Krise einen solchen Umfang angenommen hat. Es klingt wie Hohn, wenn der Arbeitgeberverband der Nordwestdeutschen Schwerindustrie in seinem neuesten Geschäftsbericht erklärt: „Es würde für den Augenblick die glückliche Lösung sein, sämtlichen Tarifverträgen von Gehältern wegen eines Lohnspietraum zu geben dergestalt, daß die einzelnen Betriebe durch Vereinbarung mit ihren Belegschaften die Tariflöhne um einen gewissen Prozentsatz unterstreikten dürfen.“ Solange die Unternehmer eine solche Auffassung vertreten, werden wir aus der Krise nicht herauskommen. Uns zeigt dies, daß die Unternehmer verstockt und verbodri sind, daß sie aus den Ereignissen nichts gelernt haben und nichts lernen wollen. Die Ueberwindung des Kapitalismus wird daher auch nicht mit schönen Nebensarten erreicht, sondern durch den entschlossenen Kampf für die sozialistische Wirt-

schaftsordnung. Wenn Owen Young uns dabei helfen will, so ist er uns als Mitstreiter herzlich willkommen. Wir aber wollen uns auf unsere eigene Kraft verlassen.

Seelenbewirtschaftung.

Darunter versteht man das in neuester Zeit von Unternehmerseite eifrig betriebene Werben und Bestreben, die innersten Gedankengänge, das ganze Fühlen und Trachten des Arbeiters an den Betrieb zu fesseln. Nicht mit der Arbeitskraft allein ist dem Unternehmer gedient, auch die „Seele des Arbeiters“ soll in seine Dienste gestellt werden. Das planmäßige Vorgehen bei dieser Angelegenheit zeigt, daß großer Wert darauf gelegt wird, dieses Ziel zu erreichen. Keine Mittel und keine Unkosten werden gespart, um auf diesem Wege vorwärtszukommen. Besonders sind es Vorteile finanzieller Art, die scheinbar der Arbeiterschaft geboten werden. Wir finden da Lebensversicherungsabschlüsse, Wertpartafassen, Beteiligungspassen, Qualitätswettbewerbe, Bibliotheken, Ausgabe verbilligter Theater- und Kino-Eintrittskarten, Vorträge, Ausflüge u. a. m. Egoistisch, wie der Mensch veranlagt, wird ein großer Teil der Arbeiterschaft diesem Anfließen sofort Folge leisten. Ein launischer Druck der Wertleitung wird einen weiteren Teil veranlassen, diesen Einrichtungen näherzutreten. Wieder andere werden zwar widerwillig, aber mit Rücksicht auf ihren Arbeitsplatz, zumal in jetziger Zeit, den Anschluss vollziehen. Nur sehr wenige besitzen die Kraft, all dem zu widerstehen. Auf diese Weise wird verurteilt, das ganze Seelenleben des Arbeiters mit dem Betrieb zu verketten. Die andauernde Suggestion, das Wohl des Arbeiters steht und fällt mit dem Wohle des Betriebes, zeitigt Erfolge. Gleichgültigkeit, gesteigert bis zur Abneigung gegenüber gewerkschaftlichen Dingen und Fragen, zeigt sich bei so manchen Werksangehörigen täglich mehr. Die jetzt schon angeschlagenen Töne mancher Betriebsleitungen: „Die Leute gehen mit uns, nicht mit Ihnen!“ zeigen deutlich den gesteigerten Einfluß des Unternehmers und das Zurückdrängen der Gewerkschaften. Wie lange noch und das Ausgesagte dieses Vorhabens wird deutlich erkennbar sein. Viele wissen, worauf es hinausgeht, die Mehrzahl der Arbeiter glaubt jedoch nicht, daß all dies Entgegenkommen und Wohlwollen letzten Endes der Profitgier des Unternehmers diene. Die für diese Zwecke angelegten Gelder sollen reichen Segen tragen. Lohnbewegungen werden mit einer willfährigen Belegschaft bekanntlich schneller und leichter zugunsten des Unternehmers erledigt. Das schöne Wort von der Konkurrenzfähigkeit wird den „bewirtschafteten Seelen“ schneller einleuchten und der Ueberzeugung einer Lohnreduzierung freie Bahn schaffen. Der Stand der Arbeiter gegenüber diesem neuesten Zweig der Betriebsführung ist äußerst schmerzhaft. Es fehlen uns die Mittel, in ebenso großzügiger Weise diesen Mischgeschäften entgegenzutreten. Das soll uns jedoch nicht abhalten, bei jeder Gelegenheit den wahren Zweck der Uebung zu beleuchten und unser gewerkschaftliches Ziel im Auge zu behalten. Nur dadurch, daß bei jeder passenden Gelegenheit auf die große Gefahr „dieser systematischen Seelenbewirtschaftung“ hingewiesen wird, und nur durch gemeinsame Arbeit, die das größte Interesse der Gewerkschaften erfordert, wird es möglich sein, diese nicht leicht zu nehmenden Bestrebungen der Betriebsinhaber mit Erfolg zu bekämpfen.

(Anmerkung der Redaktion: Der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule, F. Fricke, hat bereits vor längerer Zeit zu diesem Thema die sehr beachtenswerte Broschüre „Sie lüden die Seele“ verfaßt, welche sehr empfohlen werden kann. Verlag ADGB, Berlin.)

Aus unseren Branchen.

Aus der Ledertreibriemen-Industrie.

Die Fachzeitschrift Nr. 15 des Verbandes der Ledertreibriemenfabrikanten bringt zum Schluss ihres Geschäftsberichts vom abgelaufenen Jahr 1930 auch einige Mitteilungen, die unser Interesse erwecken dürften. Zunächst wird darauf hingewiesen, daß der bestehende Reichstarif für die Ledertreibriemer günstigig werden mußte, um die Härten und Schwierigkeiten, die sich für die Betriebe ergeben hätten, zu beheben. Unterdessen ist die Kündigung zur Tatsache geworden. Der Reichstarif läuft somit mit dem 30. September des Jahres ab. Unter Berücksichtigung nach wird es wiederum gelingen, den seit 1920 bestehenden und seitdem mit verschiedenen Veränderungen erneut abgeschlossenen Vertrag wiederum zum Abschluß zu bringen. Auch auf Arbeitsverhältnisse besteht das Bestreben, wiederum zu einem Vertrag zu kommen! Abänderungsvorschläge von der Arbeitgeberorganisation sind uns noch nicht zugegangen, deshalb kann dazu auch nicht Stellung genommen werden. Eine der Hauptforderungen unsererseits wird die Verringerung der Arbeitszeit sein. Die Verhandlung über den Neuabschluss des Vertrages wird wahrscheinlich im September erfolgen.

Unter anderem wird in genannter Zeitschrift auch Bezug genommen auf die Erhebungen des Instituts für Konjunkturforschung über die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige dieser Industrie. Durch zwei graphische Darstellungen, welche Angaben über die Ledertreibriemenindustrie sowie technische Lederartikel bringen, ist zu ersehen, daß der Abbau der Angestellten im Verlauf der Jahre ab 1928 bis März 1931 etwa 10 Proz. beträgt; bei den Arbeitern aber etwa 20 Proz. erreicht. Die Angaben über Angestellte können wir nicht nachprüfen, jedoch stimmen die Angaben über den Abbau von Arbeitern mit unseren Erhebungen nicht überein. Unsere Arbeitslosenstatistik gibt insofern Aufklärung, wonach im Verlauf der letzten 3 Monate die Arbeitslosigkeit um 1,5 Proz. auf 33,6 Proz. gestiegen ist. Die Kurzarbeit aber um 11,7 auf 18,5 Proz. abgenommen hat, woraus gefolgert werden kann, daß weitere Entlassungen in den letzten Monaten erfolgt sind. Ende 1930 betrug die Arbeitslosigkeit 34 Proz. Nach diesen Berechnungen ist der Abbau bei den Arbeitern mindestens mit 30 Proz., und nicht wie das Institut für Konjunkturforschung angibt, mit nur 20 Proz. zu werten. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß nicht 2000, sondern 2400 im Jahre 1928 als Beschäftigte in genannter Industrie bei den gemeinsamen Verhandlungen über diese Industrie als den Tatsachen entsprechend angenommen wurden.

Die Arbeitszeit im Tapezierergewerbe

Am dem Obermeisterstag, der vom Reichsfachverband der Tapezierermeister einberufen und am 18. Juli in Berlin tagte, behandelt worden. Ueber die Ausführungen des dazu bestimmten Referenten bringt das Meisterorgan nichts Näheres. Immerhin ist erwähnenswert, daß auch der Präsident des Reichsfachverbandes, Herr Spinler, zu der Einsicht kam, weil die Arbeitslosigkeit zeitbestimmend sei, müsse man wohl auch der Verringerung der Arbeits-

zeit Rechnung tragen. Der Siebenstundentag könne aber keine Gegenliebe finden. Denn, wenn dieser erst einmal eingeführt sei, wird man daraus ein Gewohnheitsrecht machen und nicht mehr davon abgehen wollen. Sie mühten sich ganz entschieden gegen die Einführung des Siebenstundentages stemmen. Aber wenn die Arbeitszeitverlängerung notwendig ist (und ob sie notwendig ist!), würde für sie entweder nach je 6 Wochen Arbeit ein Urlaub von 6 Tagen — natürlich ohne Bezahlung desselben — oder die Fünftagewoche, indem ein Arbeitstag in der Woche wegfällt, in Betracht kommen. Leider enthält die Notiz keinerlei Angaben, wie die einzelnen Obermeister auf diese Frage der Arbeitszeitverlängerung reagiert haben. Daß die Arbeitszeitverlängerung im Tapezierergewerbe nicht nur aus den momentanen Zeitverhältnissen heraus notwendig ist, sondern gleichfalls durch die vorhandenen beruflichen Verhältnisse als dringend erforderlich bezeichnet werden muß, ist für die organisierten Geheilen schon längst klar. Nur haben sie bei allen Tarifabschlüssen der letzten Zeit, bei denen ja die Arbeitszeit eine wichtige Rolle spielt, die Wahrnehmung machen müssen, daß die Innungen und der größte Teil der Obermeister nicht das nötige Verständnis für die Arbeitszeitverlängerung aufgebracht haben. Ob der Vorstand des Reichsfachverbandes bereit ist, einen Druck auf die Innungen in dieser Frage auszuüben und ob er in der Lage ist, zur Arbeitszeitverlängerung selbst positiv etwas beizutragen, bleibt abzuwarten. Jedoch soll unsererseits nichts unversucht bleiben, um die Arbeitszeitverlängerung durchzuführen.

Nach unseren statistischen Erhebungen ist die Kurzarbeit bei den Tapezieren am geringsten im Vergleich zu unseren anderen Branchen; steht jedoch in bezug auf die Arbeitslosigkeit mit an erster Stelle. Die Schlussfolgerung daraus ist, daß bei Kürzung der wöchentlichen Arbeitszeit zum mindesten ein Teil der evtl. zur Entlassung Kommenden in Arbeit bleibt oder auch in verschiedenen Betrieben eine Neueinstellung von Kollegen in Frage käme. Die Arbeitszeitverlängerung muß kommen.

Auto- und Karosseriebau.

Durch die Produktionsstatistik, die für die Automobilindustrie erfließt, ist bekannt, daß die Herstellung neuer Wagen gleichfalls neben den durch die Konjunktur bedingten Verhältnissen zugleich saisonmäßig durch den Bedarf der Sommermonate stark beeinflusst wird. Normalerweise sind die Monate März, April, Mai die besten. Im Juni und Juli sinkt die Produktion und im September war in den letzten Jahren nur noch eine geringere Besserung im Vergleich der sonstigen Monate im Jahr zu beobachten. In diesem Jahre hat die Nachfrage nach Arbeitskräften erst mit April eingeseht, aber nach alledem, was bisher festgestellt, obwohl statistische Zahlen hierüber noch nicht vorhanden sind, blieb die Nachfrage nach Arbeitskräften im Vergleich früherer Jahre in der gleichen Zeit wiederum zurück. Natürlich sind dabei die katastrophalen Auswirkungen, welche das Kreditwesen erlitten hat, gleichfalls in Rechnung zu stellen, wenn die Produktion schon frühzeitiger als sonst zum Leerlauf kam. Den Betrieben,

wie Ford-Köln, der seinen Betrieb vorübergehend schloß und Opel-Rüsselsheim, der verkürzt arbeiten läßt, sind weitere Firmen gefolgt, und im Verlauf des letzten Monats Juli sah es auf dem Arbeitsmarkt der Auto- und Karosseriebranche, soweit unsere Kollegen in Frage kommen, schon wieder sehr düster aus. Der Fusionsstimm und die überbürdete Rationalisierung, die in dieser Industrie wahre Triumphgefeiert haben, brachten für die gesamte Arbeiterschaft dieser Industrie große Nachteile. Abgesehen von einem kleinen Stamm der wenigen — die aber auch im Verlauf des Jahres meistens kurz arbeiten — ist die Beschäftigung der wenigen Monate für die seit langem auf Beschäftigung wartenden Kollegen nur noch eine Gelegenheitsarbeit gemorden. Erfahrungsgemäß dauert die Arbeit für die Neueingestellten 8 bis höchstens 13 Wochen, um dann wieder in der Stempelfabrik erneut Monate in der Hoffnung auf baldige Arbeit zu verbringen. Wahrsagt ein Welkenstüß der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie!

Die stark schon im Monat Juli wiederum die Beschäftigung in dieser Branche für unsere Kollegen nachgelassen hat, illustrieren am besten nachfolgende Zahlen.

Die zwölf bedeutendsten Orte hatten 1720 Kollegen dieser Branche als Mitglieder angegeben, davon waren Ende Juli 861 arbeitslos und 502 arbeitslos verkürzt; demnach bleiben noch 357 Kollegen, die voll gearbeitet haben. Am schlechtesten stehen die Orte Frankfurt a. M., Leipzig und Mannheim, denn von 307 Kollegen sind 241 arbeitslos, 37 Kurzarbeiter und nur 29 Kollegen stehen in Arbeit. Bekannt ist, daß durch die Zusammenlegung von Betrieben oder durch die Rationalisierung in der Autoindustrie diese drei Orte besonders zu leiden hatten und wohl kaum mehr ihre frühere Bedeutung für unsere Autoarbeiter nach dem Stand der Dinge erlangen werden. In den vielen anderen Orten, wo noch Autoarbeiter sind, sieht es nicht besser aus.

In der Waggonindustrie

liegen die Dinge analog. In normaler Zeit wurden hier 1000 Beschäftigte in unserer Branche gezählt. Durch die Rationalisierung war auch hier die Arbeitsmöglichkeit nur vorübergehend, wie das in den letzten Jahren sich immer mehr bemerkbar machte. Wenn es sich auch hier für uns nur um eine kleine Gruppe handelt, so sprechen doch die folgenden Zahlen eine deutliche Sprache. Wie es um diese Industrie im allgemeinen bestellt ist, haben wir erst kürzlich im Verbandsblatt bekanntgemacht. Von sieben Orten, die in der Waggonindustrie und besonders für unsere Kollegen als Arbeitsplätze in Betracht kommen, waren von 580 Mitgliedern 380 arbeitslos, und 57 waren Kurzarbeiter. Dazu kommt, daß in den übrigen Orten, die hier nicht mitgezählt wurden, zur Zeit der Waggonbau fast ganz ruht. Aber nach den angegebenen Zahlen sind nur 156 in Arbeit, so daß zwei Drittel der sonst Beschäftigten arbeitslos ist, oder in Kurzarbeit steht. Solange unser Verband besteht, hat die Arbeitslosigkeit niemals so tiefe Furchen hinterlassen, denn neben den geschilderten Verhältnissen wissen wir nur allzu gut, daß es leider in unseren anderen Branchen nicht anders aussieht.

Wirtschaft und Kultur.

Das neue Eigentum.

Der alte Begriff vom Eigentum wandt. Man erkennt in immer weiteren Kreisen, daß das Eigentum, wie es bisher gewesen ist, ausgewirtschaftet hat. Nur langsam man sich noch nicht überall für dieses ganz Neues und Große entscheiden, wie wir es als Gemeinshaftseigentum erleben. Die Bergesellschaftung der Produktionsmittel lehnt man ab.

Aber man begreift doch auch in weiten nicht proletarischen Kreisen, daß es wie bisher nicht weitergeht. So will der Nationalsozialismus das Eigentum in seiner radikal egoistischen Ausartung einschränken, indem er dem einen etwas mehr gibt und dem anderen etwas nimmt, ohne doch, wie es im nationalsozialistischen Programm ausdrücklich gesagt ist, das Privateigentum in der Wirtschaft zu befestigen.

Auch die neue Enzyklika des Papstes erkennt eine gewisse Reform im Eigentum an. Eine Entproletarisierung der Proletarier will sie erstreben, indem auch den Arbeitern möglichst etwas eigener Besitz gegeben wird. Eine Bergesellschaftung der Produktionsmittel jedoch lehnt die Enzyklika ab, und nur das ist auf diesem Gebiete ein Fortschritt, daß in Zukunft der Mensch, der die Bergesellschaftung sich als Ziel gesetzt hat, nicht mehr als Kasper betrachtet werden soll.

Aber auch sonst erkennt man heute die Notwendigkeit einer Wandlung des Eigentums, und selbst ein Jung, der in seinen Schriften den Kapitalismus küßt und in Essen vor den Juchenderen das Evangelium des Kapitalismus kundtut, spricht von einer „Eigentumskrise“ unserer Zeit.

So, eine „Eigentumskrise“ ist es, die wir erleben, doch geht diese Krise tiefer, als diese Reformer es merken. Es geht um eine ganz neue Gestaltung des Eigentums im Sinne eines ganz neuen, großen, sitt-

lichen Gedankens. Und da ist es die arbeitende Masse, die die Trägerin dieses wahrhaft großen, revolutionären Gedankens der Geschichte ist.

Mangel an Klarheit und Wahrheit ist es, wenn man sich nicht aufrasten kann zur ganz neuen Idee. Rückwärts ist es auf eingewurzelte Ansicht, auf das Hängen des selbstlichen Menschen am ererbten Besitz.

Wer die Stunde der Geschichte versteht, der sieht die ungeheure Wandlung, zu der der Jahrtausende alte Begriff vom Eigentum heute drängt. Nur weil wir dieses grundfänglich Neue des Eigentumsbegriffes sehen, erkennen wir, daß es eine Wende der Zeit ist, die wir erleben. Auf dem Boden des neuen Eigentums der Gemeinshaft der neuen gemeinshaftlich-brüderliche Mensch!

Wom stitlichen Bewußtsein sprechen gewiß auch die Philosophen, vom Weltalter der Seele redet auch der Nationalsozialismus, „von Gerechtigkeit durchwalter“ sollen nach der Enzyklika des Papstes alle gesellschaftlichen Einrichtungen des Zusammenlebens sein. Aber steht das alles denn nicht voraus, daß das Eigentum, dieses Kernstück des Lebens, grundfänglich gewandelt wird? Ganz neu? Im Sinne des Neuen der Gemeinshaft, da dann allein ein stitliches Zusammenleben möglich ist?

Mag die Reform noch so edel sein: solange Menschen für Privatwirtschaft schaffen, schaffen sie nicht für einen stitlichen Gedanken. Nur wenn die Gemeinshaft das Arbeitsleben trägt, ist das Arbeitsleben durchhelligt, ist es göttlich, weil dann allein Menschen um des Schaffens willen und aus Freude am Werte für Menschen schaffen. Für eine Idee. Aus Freude zur Freude. Frei von jedem Unreinen eines selbstlichen Triebs. Nur aus Liebe.

Von der Liebe soll alles durchhell sein, auch die Arbeit. Das ist der Jahrtausende hindurch geahnte Gedanke, der jetzt verwirklicht werden soll. Darum beginnt nach der „Vorgeschichte der Menschheit“ die Zeit des Menschen“ jetzt. Darum wird nach diesem

ewigen Treiben und Lehren jetzt das Leben selbst der Religion.

Wenn die freie Gewerkschaftsbewegung dieses ganz Neue des Eigentums in Gemeinshaft als Ziel hat, so ist sie darum die Räuberin und Entwürferin des höchsten ethischen Gedankens, der denkbar ist. Und diese freie Gewerkschaftsbewegung verlangt zur Bewendung ihrer Aufgabe nur das eine, daß alle diese Bewegung erkennen an ihrer Größe. Daß sie alles trennende Kleine zurückstellen gegen diese Idee. Und daß sie alle den Mut und den freien stolzen Entschluß zum ganzen und großen Bekennen haben, weil nur durch Wucht und Masse und Einigkeit aller Schaffenden aus der Kämpferfete der Schaffenden diese große geschichtliche Stunde der Freiheit der Arbeiterüber zu erzwingen ist.

Dr. Gustav Hoffmann.

Alles ist in uns.

Du siehst die Berge, du siehst die Ferne, und du erlebst das Große und Weite als Erhebendes in dir. Du blickst auf zu den Sternen und siehst in dir das Unerforschliche. Du siehst den Menschen, und du siehst deinem Herzen nahe. Du siehst ein Kind und hast Mitleid mit ihm, wenn es darbt, freust dich mit ihm, wenn es froh ist. Alles, was um dich ist, lebt auch in dir. Du bist Mensch, und es ist das herrliche Vorrecht des Menschen, alles der Welt in seinem Bewußtsein zu tragen.

„In uns ist alles“, wie Hölderlin sagte. Das Nahe, das Ferne. Alles lebt in uns. Alles drängt in uns, was uns umgibt.

Ja, mir Menschen sind der Mittelpunkt alles Lebens. In unseren Herzen treffen sich alle Fäden der Welt. Als Menschen tragen wir das Leben, wollen, glauben, leben, schaffen, kämpfen. Und darum ist es in der ganzen Tiefe: Mensch-tum, wenn da alles, alles in uns vorwärtsdrängt.

**Tarifabschlüsse.
Fahrzeugindustrie.**

Ein Tarifvertrag für die thüringische Metallindustrie, welcher mit dem Verband Thüringischer Metallindustrieller einerseits und dem Deutschen Metallarbeiterverband, sowie daran interessierten Organisationen — einschließlich der ungerigen — Mitte Mai zum Abschluss kam.

In § 1 wird der Geltungsbereich näher umrissen. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 48 Stunden. Uebertundenzuschläge betragen 15 und 25 Proz. Der Arbeitgeber ist berechtigt, nach Anhörung der gesetzlichen Betriebsvertretung durch Ankündigung eine Verringerung der Arbeitszeit bis zu 24 Stunden in der Woche vorzunehmen, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse dies bedingen. Stücklohnarbeit ist überall zu leisten, wo sie technisch möglich ist. Die Stücklöhne sind für alle Arbeiter und Arbeiterinnen in der Weise festzusetzen, daß bei normaler Arbeitsleistung mindestens 15 Proz. über den in Betracht kommenden Tariflohn verdient werden können. In wichtigen Fällen unter Bezugnahme auf den § 616 BGB. erhält der Arbeitnehmer bei Verfallmüssen der Arbeit seinen vereinbarten Stundenlohn bezahlt.

Befristungsregelungen werden den gelerntem und ungelerten Arbeitern von 5 Prozent und darüber auf den vereinbarten Stundenlohn gewährt. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten jährlich einen Erholungsurlaub. Der Anspruch auf Urlaub entfällt, wenn der Arbeitnehmer am 1. April ein Jahr oder am 1. April mindestens 2 Jahr ununterbrochen im Betriebe beschäftigt war. Je nach Dauer der Beschäftigung erhöht sich der Urlaub und beträgt nach achtjähriger Beschäftigung acht Arbeitstage. Krankheit unter 26 Wochen und Aussetzen der Arbeit infolge Betriebsstörung gelten hierbei nicht als Arbeitsunterbrechung. Bei Verringerung der regelmäßigen Arbeitszeit kann der Urlaub jedoch gekürzt werden und enthält der Tarif darüber nähere Angaben. Die Entscheidungen bei Tarifstreitigkeiten stehen dem Arbeitsgericht, in zweiter Instanz dem Landesarbeitsgericht in Erfurt zu.

Mit dem Vertrag wurde auch ein Lehrlingsabkommen zum Abschluss gebracht. Der Vertrag gilt bis 31. März 1932.

Danzig. Zwischen der Danziger Karosseriefabrik Joppol und den interessierten Arbeitnehmerverbänden wurde ein Mantelvertrag abgeschlossen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Bei Arbeitsmangel kann, ehe zu Entlassungen geschritten wird, die Arbeitszeit auf 40 Stunden pro Woche verkürzt werden. Hierüber ist mit dem Arbeiteraussschuß zu verhandeln. Die Uebertundenzuschläge betragen 15 und 25 Proz. bei Sonntags- und Feiertagsarbeit 50 Proz.

Ferien werden gewährt: Ein Beschäftigter, der ein Jahr oder am 1. März sechs Monate ununterbrochen im Betriebe tätig ist, erhält 3 Tage, steigend für jedes weitere im Betriebe verbrachte Jahr um je einen Tag bis zur Höchstdauer von 6 Tagen. Abgabe vom Lohn in wichtigen Fällen erfolgen nicht. Sämtliches Werkzeug muß vom Arbeitgeber geliefert werden. Für die Lehrlinge ist ein Stundenlohn je nach Dauer des Lehrlingsjahres festgelegt worden. Desgleichen erhalten sie Ferien, und zwar drei Tage. Der Vertrag gilt bis zum Schluß dieses Jahres.

Lederwarenindustrie.

Der Tarifvertrag Dresden-Ostfachsen ist auf ein Jahr verlängert worden, nachdem über einige strittige Punkte eine Vereinbarung der Vertragsparteien zustande kam.

Zahlen unseres Berliner Nachweises.

Erst jetzt wurden uns die Zahlen des Berliner Nachweises für unsere Berufe aus dem ganzen Jahre 1930 bekannt. Sie geben einen erschütternden Aufschluß über die Berufslage und zeigen, daß der Nachweis mehr eine Stempel- als eine Vermittlungsbüro geworden ist. Die einzelnen Branchen unterscheiden sich voneinander so gut wie gar nicht, da alle gleichmäßig von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Einstellung von Arbeitskräften ohne Nachweis dürfte in gleichem vermindert sein, denn sonst wäre ja die Masse der Arbeitslosen nicht so groß. Es kann auch gesagt werden, daß die von manchen Unternehmern so stark betonte Schwarzarbeit keine Bedeutung hat und unsere Kollegenarbeit tatsächlich auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen ist.

Nach den offiziellen Zahlen ergibt sich folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose	offene Stellen	Bewertungen	donan Ausbilden
Januar	3439	271	238	100
Februar	3502	289	266	120
März	3266	474	446	109
April	3277	472	422	130
Mai	3282	445	395	110
Juni	3346	361	352	130
Juli	3926	274	246	114

Monat	Arbeitslose	offene Stellen	Bewertungen	donan Ausbilden
August	4076	266	208	160
September	3938	634	580	499
Oktober	4103	254	228	55
November	4376	120	110	55
Dezember	4543	244	223	114

Am Monatsende waren demnach im Durchschnitt 3778 Arbeitslose vorhanden, aber nur 344 offene Stellen. Davon wurden durchschnittlich 311 Stellen besetzt. Daß nicht alle Stellen besetzt wurden, liegt in der Hauptfache daran, daß die Arbeitgeber wohl bestellten, den Vermittlern aber nicht einstellten und eine neue Bestellung nicht aufgaben. Einen den Wert der nachgewiesenen Stelle vermindern den Faktor stellen die vielen Ausbilden dar. Sind im Monatsdurchschnitt rund 311 Stellen besetzt worden, so fallen davon allein auf Ausbilden 134.

Neu eingeschrieben wurden auf dem Nachweis im Jahre 1930 11 598 Männer und 1756 Frauen, zusammen 13 354. Aus dem Vorjahre wurden übernommen 2 557 Männer und 403 Frauen, so daß die Zahl derjenigen, die 1930 den Nachweis durchliefen, 16 314 betrug. Hierbei muß jedoch beachtet werden, daß auch alle diejenigen inbegriffen sind, die vorübergehend ausreisen und sich natürlich wegen der Unterbrechung der Kontrolle des Nachweises unterwerfen müssen.

Auf die Organisation bleiben derartige Verhältnisse nicht ohne Einfluß. Denn den geringeren Einnahmen stehen höhere Ausgaben in den Unterhaltungen gegenüber. Im Jahre 1929 wurden an Beiträgen in Berlin 215 832 Mf. eingenommen und an Arbeitslosenunterstützung 65 422 Mf. gezahlt. 1930 dagegen gingen die Einnahmen durch die steigende Arbeitslosigkeit auf 169 888 Mf. zurück, aber die Summe der Arbeitslosenunterstützung betrug 83 983 Mf., wozu noch 13 225 Mf. Weihnachtunterstützung kamen. Leichtlich liegen die Verhältnisse im ganzen Reich. Die Zahlen der Arbeitslosigkeit und in Gegenüberstellung damit die Leistungen der Organisation, die sich ja nicht nur auf die Unterstüttung beschränken, zeigen, daß auch in der Krisenzeit die Arbeiterchaft in den Gewerkschaften die stärkste Stütze besitzt.

Der Volkseinsatz in Preußen — eine Vertrauensstudie für die Braun-Regierung.

Der vom Stahlhelm und seinen Hintermännern geforderte Volkseinsatz hat seinen Urheber eine vernichtende Niederlage eingebracht. Die Absicht, die preußische Regierung zu stützen und durch Kreaturen aus den Reihen der Hitler, Selbste und Augenberg zu ersetzen, ist gescheitert. Das preußische Volk hat in seiner überwogenen Mehrheit der vereinigten Reaktion die einzig richtige Antwort erteilt. Statt der erhofften Mehrheit mußten sich die Feinde der demokratischen Republik trotz der Unterstüttung der Kommunisten mit etwa 37 Proz. Stimmen begnügen. Die Befürworter des Volkseinsatzes haben damit annähernd zwei und eine halbe Million Stimmen weniger erhalten als bei der Wahl im Jahre 1930.

Lohnsteuerermäßigungen trotz Abbau der Rückerstattungen.

Bekanntlich ist die Pflicht zur Erstattung der überzahlten Lohnsteuer gefallen. Damit haben sich die üblichen Anträge auf Rückerstattung zuviel gezahlter Lohnsteuer erledigt. Zugleich wird es höchste Zeit für alle Lohnempfänger, von der Möglichkeit der Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages Gebrauch zu machen. Das geschieht durch einen Antrag an das zuständige Finanzamt, Lohnsteuerabteilung. Die Möglichkeit zur Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages wird leider am wenigsten ausgenutzt, obwohl das Einkommensteuergesetz die Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Da zuviel gezahlte Lohnsteuer nicht mehr erstattet wird, sind diese Bestimmungen des Gesetzes die einzige Möglichkeit, Ausgleich zu schaffen. Die Steuerermäßigung läßt sich auf die folgenden Gründe stützen: 1. Unterhalt und Erziehung der Kinder; 2. Unterhalt mittelloser Angehöriger, Krankheit, Körperverletzung; 3. Verschuldung; 4. Unglücksfälle und besondere Umstände und 5. Kriegs- und Zivilbeschädigungen. In allen Fällen muß es sich um Umstände handeln, welche die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen besonders stark herabsetzen. Die oben genannten Fälle erschöpfen nicht die Möglichkeiten; denn das Gesetz zählt sie nicht im einzelnen auf. Es verlangt lediglich eine außergewöhnliche Belastung der steuerlichen Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers.

Das Leben ist so vielfältig, daß man hequem hundert verschiedeneartige Einzelfälle aufzählen könnte, bei denen der Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages gerechtfertigt wäre. Als Muster sei das nachstehende Schreiben entworfen:

An das
Finanzamt (Lohnsteuerabteilung)
in P . . .

Ich beantrage Erhöhung meines steuerfreien Lohnbetrages aus folgenden Gründen:

Meine Frau ist schwer leidend. Von der Krankenkasse erhält sie wegen Aussteuerung keinerlei Leistungen mehr. Ich muß also Heil- und Stärkungsmittel selbst aufbringen, hin und wieder auch Arztkosten (genaue Angaben). Dazu kommt, daß ich am 22. Februar einen Kadunfall erlitten habe, der meine Erwerbsfähigkeit etwa 30 Proz. herabgemindert hat, ohne daß ich eine Rente oder Entschädigung erhalte; denn es handelte sich nicht um einen Betriebsunfall. Infolge der Unfallfolgen kann ich meinen früheren Beruf nicht mehr ausüben. Ich wurde entlassen und habe augenblicklich eine wesentlich schlechter entlohnte Beschäftigung. Ich werde voraussichtlich nie wieder in meinem früheren Berufe Arbeit finden. Früher verdiente ich wöchentlich . . . Mf., jetzt nur noch . . . Mf. Ich füge Lohnbescheinigungen sowie ein ärztliches Attest bei mit der Bitte, meinem Antrage zu entsprechen. . .

Auch in solchen Fällen, in denen Kinder nach Beendigung der gesetzlichen Schulpflicht noch anderweitige Schulausbildung erhalten, zum Beispiel durch Besuch einer höheren Schule oder einer besonderen Anstalt usw., läßt sich der Antrag auf Steuerermäßigung rechtfertigen, weil damit immer auch eine außergewöhnliche Belastung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Arbeitnehmers verbunden ist. Endlich mögen noch die verschiedenartigen Fälle erwähnt werden, in denen besondere Naturereignisse (Blitz, Hagelschlag, Feuer, Wasser) den Lohnempfänger geschädigt haben, aber auch Verschuldung durch Eheschließung und Wöbelverlust, Belastung durch Abzahlungsgehalte usw. — Der Möglichkeiten sind also viele. Es kommt nur darauf an, daß sie auch ausgeköpft werden. Scheut darum nicht die kleine Mühe eines schriftlichen Antrages oder eines Weges zum Finanzamt, um den Wegfall der Lohnsteuererstattungen einigermaßen auszugleichen.

Wie hoch ist der Geldbedarf?

Angeichts der Kreditkrise dürfte eine Schätzung Beachtung finden, die über die Höhe des deutschen Geldbedarfs vom Kieler Währungstheoretiker Dr. Hans Neißer kürzlich veröffentlicht wurde (Wirtschaftliches Archiv, Band 33, Heft 2). Der Geldbedarf umfaßt nicht nur den Bedarf an Banknoten, sondern ebenso auch die täglich fälligen Guthaben bei den Banken und Sparkassen. Die jederzeit in Banknoten umgelauft werden können. Dr. Neißer schätzte den Geldbedarf für den Umsatz des deutschen Volkseinkommens für das Jahr 1928 auf 4,7 bis 4,8 Milliarden Mark, das heißt auf einen Betrag, der viel niedriger ist, als allgemein angenommen wird. Das Volkseinkommen betrug im Jahre 1928 60 bis 70 Milliarden Mark. Dieses Volkseinkommen konnte also mit einer um fünfzehnjährigen geringeren Geldsumme umgesetzt werden. Bei Wiederholung des Volkseinkommens ergibt sich folgender Geldbedarf: An Arbeiterlöhnen wurden in diesem Jahre schätzungsweise ausgegeben 26 Milliarden Mark. Angeichts des raschen Kreislaufes der Arbeiterlöhne, die im Laufe einer Woche zum überwiegenden Teil ausgegeben werden, bedarf es für den Umsatz der Arbeiterlöhne nur der verhältnismäßig geringen Summe von 500 Millionen Mark. Die monatlich ausgezahlten Angestellten- und Beamtengehälter in Höhe von 18 Milliarden Mark im Jahr beanspruchen einen Geldbedarf von 1,5 Milliarden Mark. Die Renten und Zinsen mit 5,4 Milliarden Mark benötigen eine Geldsumme von 470 Millionen Mark, die Dividenden in Höhe von 1,5 Milliarden Mark erfordern, da sie nur einmal im Jahr verteilt werden, einen ebenso hohen Geldbedarf, das heißt 1,5 Milliarden Mark. Für sonstigen Unternehmergewinn und Kapitalrente in Höhe von 18 Milliarden Mark wurde ein Geldbedarf von 750 Millionen Mark festgestellt. Zusammen für den Umsatz des deutschen Volkseinkommens 1928 war ein Geldbedarf von 4,7 bis 4,8 Milliarden Mark vorhanden. Hinzu kommt noch etwa 1 Milliarde Mark für die Abwicklung der wirtschaftlichen Umsätze. Diese dürften etwa 100 Milliarden Mark betragen haben, die etwa dreitäglich umgesetzt werden und deshalb einen Geldbedarf von 1 Milliarde Mark begründen. Schätzt man noch die Reserven, die bei den Einkommensbezahlern jederzeit unausgenutzt liegen, auf 1 1/2 bis 2 Milliarden Mark, so betrug der gesamte Geldbedarf 1928: 8 bis 8 1/2 Milliarden Mark. Dem standen in diesem Jahr ein Borgelumlaut von 6,2 Milliarden Mark und täglich fällige Guthaben in Höhe von mehr als 9 Milliarden, zusammen also 15,2 Milliarden Mark, gegenüber. Da gegenwärtig das Volkseinkommen und die Umsätze der Volkswirtschaft viel niedriger sind als im Jahre 1928, ist auch der volkswirtschaftliche Geldbedarf erheblich geringer als damals.

Streiks und Lohnbewegungen.

Lederwaren.

Bezirk Rheinland-Westfalen. Die Verhandlungen vor dem Schlichter ergaben das Resultat, daß der Tariflohn für die Zeit vom 1. August bis zum 31. Dezember 1931 auf 0,88 Mf. festgesetzt wurde.

Treibriemenbranche.

Homburg. Durch Schiedspruch der Tarifinstanz wurde der Tarifmindestlohn vom 1. August bis zum 30. September 1931 auf 1,05 Mf. festgelegt.

Internationale Tagung im roten Wien.

Auf dem Internationalen sozialistischen Kongress, der in der letzten Julwoche in Wien tagte, stand im Mittelpunkt der Erörterung eine der wichtigsten Fragen der Gegenwart, nämlich die **Ab r ü s t u n g d e r S t a a t e n**. Die Argumente, die auf der Tagung in Wien im Interesse des Völkerrfriedens vorgebracht wurden, finden hauptsächlich auf der im Jahre 1932 stattfindenden Abrüstungskonferenz die nötige Unterstützung. Nicht nur gute Vorschläge und willige Zusammenarbeit, sondern die harten Tatsachen, die der völkermordende Krieg uns als arbeitende Klasse immer wieder ins Gewissen bringt, müssen dazu beitragen, daß das „Nie wieder Krieg!“ nicht leerer Wortschall bleibt.

Durch die gegebenen Verhältnisse war die Tagung besonders auf die Wirtschaftsfrage und die damit verknüpfte Arbeitslosigkeit, die sich in fast allen Ländern zeigt, besonders eingeleitet. So war die Aufgabe des Kongresses, sein Augenmerk auf die soziale Lage zu richten, und in Gemeinschaft mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund wurden auch diesbezügliche Forderungen beraten und zum Beschluß erhoben. Eine der bedeutendsten ist die **F o r d e r u n g d e r 4 0 - S t u n d e n - W o c h e**. Die Forderung zur Verkürzung der Arbeitszeit wird auch, wenn diese, die schwerste aller Krisen, ihren Höhepunkt überschritten haben wird, noch ihren Programmwert behalten. Durch die raffinierte Mechanisierung der Produktion und durch den starken Schnellverbrauch der menschlichen Arbeitskraft ist die längere Arbeitszeit dringend in Einklang mit den Zeitverhältnissen zu bringen. Der Kampf um die 40-Stunden-Woche durch die Gewerkschaften wird nicht eher ruhen, als bis sie durchgeführt ist.

Die Wirtschaftsnote und ihre Folgen, die die Kreditkrise in Deutschland ausgelöst hat, kamen natürlich auch auf dem Internationalen Kongress in der Debatte stark zum Ausdruck und fanden durch die Forderung, daß neben der politischen Demokratie die planmäßige Wirtschaft zu folgen hat und der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie eine Ende gemacht werden muß, lebhaften Widerhall. Eingebend dieser Programmpunkte ist es natürlich, daß der Kampf dem internationalen Faschismus gelten muß, und der Kongress hat die Kampfbereitschaft der Sozialisten durch seine Willensstärkung deutlich zum Ausdruck gebracht. Eine Reihe von Entschlüssen wurden auf dem Kongress angenommen.

Krise und Bauwirtschaft.

Der Verband sozialer Baubetriebe wendet sich im Auftrage von 130 sozialen Baubetrieben aus allen Gegenden Deutschlands an die Reichsregierung mit der dringenden Bitte, gegen die immer unerträglicher werdenden Verhältnisse im Baugewerbe mit ihren katastrophalen Folgen für die Gesamtwirtschaft geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Das Baugewerbe ist bereits durch Auswirkungen der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 in eine sehr schwierige Lage gekommen. Der Rückgang der Bauarbeiten nach den amtlichen Statistiken, die ungewöhnliche Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter und die zahlreichen Zusammenbrüche im Baugewerbe sind dafür traurige Beweise.

In den letzten Wochen haben sich die Verhältnisse im Baugewerbe weiter verschärft. Infolge des herrschenden Kapitalmangels und der hohen Kreditzinsen kommt allmählich auch noch der Rest der Bautätigkeit, den die Notverordnung vom 1. Dezember 1930 übriggelassen hat, zum Erliegen.

Die weitere Einschränkung der Bautätigkeit bedeutet aber nicht nur neue Arbeitslosigkeit für die Bauarbeiter und neues Elend für ihre Familien, sie bedeutet auch nicht nur weitere Zusammenbrüche im Baugewerbe und in den Baustoffindustrien, sondern gleichzeitig auch die weitere Verminderung der Marktkaufkraft mit ihrer lähmenden Wirkung auf die übrige Wirtschaft. Sie bringt für die öffentlichen Organe weitere Steuererlöse auf der einen und weitere Unterhaltungslasten auf der anderen Seite. Durch die Zunahme des Arbeitslosenstandes bringt sie ferner eine innen- und außenpolitisch gefährliche weitere Radikalisierung der Volksmassen.

Maßnahmen, die derartige Wirkungen haben, sind zur Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen nicht geeignet.

Die Sanierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen erfordert vielmehr die planmäßige Stärkung der Steuer- und Kaufkraft des deutschen Volkes durch die Wiedereinrichtung der Arbeitslosenmassen in den Produktionsprozeß, die Schaffung neuer Werte und die Bildung des in Deutschland so dringend nötigen Kapitals, das — soweit es nicht vom Ausland zu bekommen ist — nur durch die rastlose Arbeit des ganzen deutschen Volkes aus den Ueberflüssen des Volkseinkommens gebildet werden kann.

Von diesen Gesichtspunkten wird die Reichsregierung erucht um Maßnahmen zur Wiedereingliederung der Bautätigkeit durch Bereitstellung des Aufkommens aus der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau und Deckung des Finanzbedarfs von Reich, Ländern und Gemeinden einschließlich des normalen Bedarfs für die öffentliche Bautätigkeit — soweit dazu das aus der Belebung der Wirtschaft sich ergebende größere Steueraufkommen in Verbindung mit der Verminderung der öffentlichen Steuerlasten nicht ausreicht — durch andere geeignete Steuern.

Dringend geboten erscheint ferner die allgemeine geistliche Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziele, auch dadurch einen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß einzureihen und die öffentlichen Kassen für Unterhaltungs Zwecke zu lenken.

S ch l e u n i g e r E r l a ß d e r n ö t i g e n G e s e t z e t u t n o t !

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1930.

Dem für das Jahr 1930 herausgegebenen Jahrbuch der österreichischen freien Gewerkschaften ist zu entnehmen, daß die Gesamtmitgliederzahl im Berichtsjahre um 82 073 auf 655 204 zurückgegangen ist. Die Erklärung hierfür ist leicht gegeben. Sagt doch der Bericht, daß dort, wo Großbetriebe mehrere Tausende von Arbeitern beschäftigen, heute der Personalstand auf wenige Hundert herabgedrückt ist! Geben doch die Berichte aus den Ländern ein deutliches Bild, wie die Industrie zerstört wurde! Hierin liegt die Erklärung für das Schwanken der Mitgliederzahl. So bedauerlich dieser Rückgang auch ist, er bleibt im Rahmen der Erwartungen, denn jede Wirtschaftskrise hat zur Folge, daß die Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften zurückgehen.

Insgesamt gab es in Oesterreich Ende 1930 38 Zentralverbände mit 3024 Ortsgruppen und 655 204 Mitgliedern. Davon sind 513 067 (78,3 Proz.) Männer und 142 117 (21,6 Proz.) Frauen. Das Prozentverhältnis der Männer zu den Frauen hat sich nur unwesentlich verändert. Der Anteil der Arbeiter und Arbeiterinnen an der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder ist 64,2 Proz., der Anteil der Angestellten 35,8 Proz.

Die finanziellen Verhältnisse der freien Gewerkschaften sind im letzten Jahre von der großen Arbeitslosigkeit nicht unberührt geblieben. Es sind 1,9 Millionen Schilling weniger eingenommen, hingegen 95,8 Proz. dieser Einnahmen wieder ausgegeben worden. Von den Gesamtausgaben für Unterhaltungen im Betrage von 7,6 Millionen sind allein 4,4 Millionen für die Arbeitslosen verwendet worden. 19,4 Proz. der Gesamtausgaben entfallen auf die Arbeitslosenunterstützung. Pro Kopf stellen sich die Jahreseinnahmen auf 35,8 Schilling, die Ausgaben auf 34,3 Schilling (Unterstützungen 12,4). Der Vermögensstand stellt sich pro Kopf auf 45,4 Schilling.

Genossenschaftswesen

Der Mittelstand für die Schöpfung der Verbraucher. Wenn es nach den Zünftlerwünschen geht, denen die sogenannten Regierungen je länger, je mehr sich willfährig zeigen, dann werden bald alle deutschen „Freistaaten“ mit hohen Zollmauern umgeben sein, und die Kreise und Gemeinden werden wieder mit Schlagbäumen und Klaffen den Verkehr verlangsamen. Bayern hat sich bereits gegen das „Austand“ gestellt, das aus anderen Bundesstaaten kommt, abgeperrt. Jetzt streben auch die sächsischen Mittelständler, vor allem die Fleischer und Viehhändler, nach ähnlichen Schranken, und die ohnehin von allen Seiten gemißhandelten, wirtschaftlich so schlecht gestellten Verbraucher des Landes noch fester in die Gewalt zu bekommen. In einer Eingabe der sächsischen Gewerbetammern wird eine Verschärfung der gesamten „Ausgleichsteuer“ oder „Uebergangsabgabe“, d. h. ihre Anwendung nicht nur auf Fleisch, sondern auch auf Fleischwaren aller Art verlangt. Man will, wie eingestanden wird, die Konsumvereine treffen. Der Mittelstand zeigt sich seines Rufes als „Schrittmacher der nächsten Revolution“ würdig. Die dauernde Schikanierung der Unbemittelten ist ein wirkungsvolles Mittel zur Herbeiführung des Chaos.

Bücherschau

„So macht man Dollars!“ Upton Sinclair, einer der beliebtesten Männer im Lande des Dollars, hat dem modernen Amerika über ein schmerzhaftes Erbe, das das Volk erhalten hat, seine eigenen Momente entwirrt alles, was über Amerika zu sagen ist, aber noch nie ist ihm ein Roman so geliebt wie das neue Buch, das jetzt unter dem Titel „So macht man Dollars“ im Markt bestes und in einer Weibensausgabe für die Mitglieder der Buchhandlung Gutenberg vornehmlich ausgehatter, in wenig 3 Mark erstanden ist. Es hat vor allem den Vorzug, daß es nicht wieder in ein hiesiges Wörterbuch ist. Das Buch ist sehr leicht zu lesen, fesselt und — etwas Neues bei Upton Sinclair — sehr wichtig.

Es ist die Geschichte eines jungen Amerikaners, der „sein Glück macht“. Als kleiner Junge sieht er einmal einen Zugzug wegen eines Wahlzettelns in einem kleinen Ort halten, vornehme Damen und Herren steigen aus auf vertreten sich die Preise, und da paßt den Jungen der Wunsch, auch so ein feiner Herr zu werden, durch Gehalt zu machen und eine so hübsche und sehr sehr teure Frau an seine zu haben. Aus der Jungenschaft ist es. Er tut nichts, ohne daran zu denken, wie man Dollars macht. Es gelingt ihm, in die Nähe des Reichtums zu kommen, und schließlich bezalet er ein millionenfaches Mädchen, das schnell einen Mann braucht, weil es ein Kind bekommt und behalten will. Aber er ist noch nicht zufrieden. Geld will Geld machen, also spekuliert er, beutet er aus, ruinert er andere.

Im höchsten Augenblick seines Erfolges verliert er seine Frau, weil er sie vernachlässigt hat. Er übernimmt auch das und ist fortan nur noch der Mann, der Dollars macht, nun erst recht.

Dieser Roman ist keine schnelle Lektüre, sein Lesenswert ist ein gut gebauetes Kunstwerk, eines der besten Bücher des Upton Sinclair. Die Bücherliste hat wieder einen guten Griff getan.

Eine vorläufige Einführung in das Buch und die bisherigen Resultate des Finanzkriegs der Gewerkschaften bietet die 1. Ausgabe im Verlag v. P. Diez Nachf. G. m. b. H., Berlin, erschienene Schrift „F u n k t i o n e n d e s J a g o w s“.

Auf ein durchweg vorzügliches Quellen entnommenes Tatsachenmaterial geht, entwickelt Jagow, der sich als ein ebenso objektiver Schilderer wie vorfichtiger Vertreter der Erklärungen erweist, ein trotz knapper Darstellung völlig umfassendes Bild von der Jiellegung und bisherigen Leistung des Finanzausgleichs. Was Jagows Buch über die Waffe der vielen, in der letzten Zeit erschienenen Schriften über den Finanzausgleich noch heraushebt, ist die überaus wertvolle Forschungsarbeit des unerschütterlichen Geistes, zu finden dem in bestimmten Ziffern unklarbar inkompatiblen Produktionssektors des Finanzausgleichs und der gleichzeitig rapid sich heftigenden Verlesung der Massen. Auch, ein Gegenstand, dessen schwere soziale und politische Spannungen, wie Jagow überzeugend darlegt, über kurz oder lang zu Krisen führen müssen, an deren Lösung das internationale Proletariat in allerhöchstem Maße interessiert ist. Das billige Preis von 1,75 Mf. ist der Wahnwettbewerb förderlich.

Was geschieht, wenn der Staat absteigt ist? Eine Frage, die bei den heutigen finanziellen und politischen Verhältnissen in den Kommunen viele Reaktionen greift werden. Im neuen Heft der „Gemeinde“ beaurmort der Regierungsdirektor Dr. Maull in einem interessanten Artikel dieses Problem sehr eingehend. In einem weiteren Artikel wird die Bilanz der Braun-Kommmission gegeben. Doppeldeutiger, Arbeitszeit und Arbeitsbeschaffung wurden unterzucht.

Verbandsnachrichten

(Besanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen)

Vom 10. August bis 16. August ist der 33. Wochenbeitrag 1931 fällig.

Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.

Veranstaltungskalender

Essen. Am Sonnabend, dem 15. August, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Notverordnung und ihre Auswirkung auf die Sozialgesetzgebung. Referent Kollege S h a r o w s k i, 2. Kassenbericht vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes.

Am Sonnabend, dem 22. August, nachmittags ab 4 Uhr, Treffpunkt der Mitglieder mit ihren Angehörigen im Lokal „Zum klaren Ed“, Essen-Haarzopf. Dasselbst Kinderbelustigung, Preischießen und -regeln. Für unsere erwerbslosen Mitglieder ist etwas Besonderes geplant. Um rege Beteiligung eruchtet die Ortsverwaltung.

Sterbetafel

Chemnitz. Am 3. August 1931 starb unser langjähriger Mitglied, der Tapezierer Paul O s t a r k n a u e r, nach längerer Krankheit im Alter von 58 Jahren.

Dresden. Hier starb das Mitglied, der Sattler Kollege Wilhelm S l a v e (Anwalder), im Alter von 70 Jahren.

Offenbach a. M. Am 21. Juli starb unser Mitglied Maria R e d, Weistichen, 25 Jahre alt, nach zehnjähriger Mitgliedschaft.

Am 25. Juli starb unser Mitglied, der Portefeulier Friedrich R o c h, 58 Jahre alt, nach ununterbrochener 35jähriger Mitgliedsdauer.

Am 26. Juli starb der Sattler Karl B a n o w y, 42 Jahre alt, nach 14jähriger Mitgliedschaft.

Ehre ihrem Andenken.